

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. bei Haus- und Postbestellung 1,80 RM. wöchentlich 40 Pf., Einzelnummern 10 Pf., 22. Heftenhaltungen und Postgebühren. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Vervollständigung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumeinheit 20 Pf., die 2-spaltige Raumeinheit 10 Pf., die 1-spaltige Raumeinheit 5 Pf. für die erste Zeile. Nachweisungsgebühren 20 Pf. für die erste Zeile. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten kann nicht garantiert werden. Jeder Abbestellung ist die Richtigkeit der Angaben zu versichern. Die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten kann nicht garantiert werden. Jeder Abbestellung ist die Richtigkeit der Angaben zu versichern.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 223 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 23. September 1933

„Unwägbarkeiten“.

Weniger Nebel — Vertrauen und Reid — Mit „fanatischer Beharrlichkeit“.

Wiederholt hat Hindenburg in seinen Reden von den „Impponderabilien“, den „Unwägbarkeiten“, gesprochen, deren Einflüsse oft mächtiger sind als die der Heere und der Gelder, und die viel schwerer wiegen als die materiellen Gewichte und die man nicht miszählen soll in ihrer Bedeutung“. In seiner Innenpolitik hat er diese Mahnung zwar selbst nicht immer befolgt, ist es aber ganz gewiß in seiner Außenpolitik, ohne damit allerdings seiner Nachfolger zu gleichem Tun veranlassen zu können. Gerade heute aber, da sich in Genf der Völkerbundrat eingefunden hat und am 23. der Völkerbund selbst zu seiner Herbsttagung zusammentritt, wird dort die deutsche Delegation auf Schritt und Tritt solchen „Impponderabilien“ begegnen, die mit mehr oder weniger lauter, leider aber fast immer häßlicher Stimme ihr Vorhandensein kundtun. Wären es „Wägbarkeiten“, dann könnte man ihnen mit rein sachlichen Gründen und Argumenten auf den Leib rücken, aber gegen „Stimmungen“, gegen eine „Atmosphäre“ auf diese Weise anzugehen, wäre ein meist vergebliches Bemühen. Andererseits hat unsere Außenpolitik diese Spannungen genau gespürt und war durch ganz offene Darlegung ihrer Absichten bestrebt, sie zu mildern, — ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten! Die kürzlich in die ganze Welt hinausgetragenen Ausführungen des jetzigen Führers der deutschen Delegation in Genf, Außenministers von Neurath, dann — von anderem abgesehen — das Wort des deutschen Reichskanzlers Adolf Hitler auf der Saarländischen Niederwaldversammlung waren doch ein Spiel mit ganz neuen Karten und wolkten und sollten doch einer aus ganz anderen Gründen vergeblich „Befremdung“ entgegenwirken, diesen „Impponderabilien“ des Genfer, der deutsche „Hitlerismus“ dränge mit innerer Notwendigkeit zum Revanchekrieg. Gerade weil Hitler diese „Unwägbarkeiten“ und ihr „schweres Gewicht“ kennt und durchaus nicht misachtet, hat er damals gesagt: „Wir haben nicht einmal, sondern hundertmal erklärt: Wir wünschen den Frieden mit der anderen Welt; wir haben selbst den Krieg mitgemacht in seiner ganzen Furchtbarkeit. Keiner von uns wünscht ihn, und niemand unter uns wünscht fremdes Gut, keiner will fremdes Volk einverleiben. . . Und wenn Verträge heilig sein sollen, dann nicht nur für uns, sondern auch für unsere Gegner.“ Die ganze Welt weiß, daß dies der Führer namens des ganzen deutschen Volkes sprach, jedoch die Antwort. . .? Sie wird man uns deutlich und unausweichbar in Genf geben müssen, nicht mit Unwägbarkeiten, sondern in klarer und — hoffentlich — auf das Ganze gehender Entscheidung. Denn für uns Deutsche ist der bisherige Nebel unerträglich als selbst die vielleicht sehr große Sonne der Wirklichkeit. Aber im sonnigen Genf schätzt man die politischen Nebel!

Ein schweres Gewicht haben solche „Unwägbarkeiten“, — das abnt oder wehlt man doch auch in der Welt sehr genau, sobald man nur einmal den Blick vom Politischen fort auf Wirtschaftliche wendet. Immer wieder hört man im Lärm der Krise den schrillen Ruf nach einer Wiederherstellung des „Vertrauens“, das die wirkliche Grundlage des Wirtschaftens ist und zwischen den Völkern ist und das doch Tag um Tag durch Taten so sehr „mischachtet“ wurde! Wenn aber in Deutschland auch wirtschaftlich „neues Leben blüht aus den Ruinen“, wenn jetzt nach der ersten Etappe des Wiederaufbaus mit gesammelter Kraft an die Stützung, die Erhaltung und den weiteren Ausbau des neu Geschaffenen herangegangen wird und herangegangen werden kann, so doch letzten Endes nur deshalb, weil in Deutschlands Wirtschaft eben jenes Vertrauen darauf wiederhergestellt wurde, daß dort aus dem Zurück und Abwärts ein Vorwärts und Aufwärts geworden ist und niemand mehr auf diesem Marsch einen Zusammenbruch der Kräfte fürchtet! Will man dies uns im Ausland neiden oder verkleinern? Letzteres tut man und der Reid müßten wir fast als einen — Ehrentitel für uns betrachten. Die Welt wäre jedenfalls wirtschaftlich heute sehr viel weiter, wenn sie auch hierin dem „Hitlerismus“ nachsehen würde, aber nur dann, wenn sie dabei auf Ganze geht oder, wie eben dieser selbe Hitler sagt, gegen die Arbeitslosigkeit „mit fanatischer Beharrlichkeit“ ankämpft. Aber nicht Adolf Hitler, sondern Amerikas Präsident war es, der vor drei Monaten auf der Londoner Konferenz den Völkern sagen ließ, ein jedes von ihnen sollte wirtschaftlich erst einmal im eigenen Hause Ordnung schaffen, ehe an eine Wiedererrichtung der Weltwirtschaft zu denken sei. Vorläufig kann man dieser aber immer noch die Bezeichnung: „Auf Abbruch!“ geben.

Geht es denn angesichts dieses großen wirtschaftlichen und sozialen Trümmers anders, kann es dort überhaupt besser gehen, als wenn ein „fanatisch-beharrlicher“ Führer sein Volk vorwärts- und auswärtsdrückt? Ein Führer, der einen nicht minder „fanatischen“ Mut auch zur Verantwortung hat? Wo jügendes Wägen, sich selbst zerplatzendes Ärgernis stugt und stolpert, da trägt waogender „Fanatismus“, zu allem entschlossene „Vesessenheit“ durch eine Idee über die unüberwindbar erscheinenden Hindernisse hinweg, gewiß nicht zum Schaden der Sache, wenn das fanatisch-beharrliche Bollen die Verantwortung nicht verlegt. Auch darin liegen „Unwägbarkeiten“, aber diese „Impponderabilien“ haben oft genug den Lauf der Weltgeschichte entscheidend bestimmt.

Reichskulturkammergesetz verabschiedet

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Sitzung am Freitag das vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda vorgelegte Reichskulturkammergesetz. Danach wird der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ermächtigt, die Angehörigen der Tätigkeitszweige, die seinen Aufgabenkreis betreffen, in Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzufassen. Errichtet werden:

Eine Reichsschrifttumskammer, eine Reichspresskammer, eine Reichsrundfunkkammer, eine Reichstheaterkammer, eine Reichsmusikkammer und eine Reichskammer der Bildenden Künste.

Die vorläufige Filmkammer erhält den Namen Reichsfilmkammer. Alle diese Körperschaften werden zu einer Reichskulturkammer vereinigt.

Eine Reihe weiterer wichtiger Gesetze.

Das Reichskabinett genehmigte ferner Änderungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, wodurch Zweifelsfragen geklärt werden, die sich aus der bisherigen Fassung des Gesetzes ergeben haben. Die Vorschriften des Gesetzes werden ausgedehnt auf Beamte, die vor dem 8. April 1933 ausgeschieden sind. Ferner wird durch diese Ergänzungsbestimmungen die Möglichkeit geschaffen, die Fälle, in denen die Prüfung bereits eingeleitet, aber noch nicht abgeschlossen ist, bis zum 31. März 1934 zu Ende zu bringen.

Weiterhin beschloß die Regierung ein Gesetz zum Schutze der deutschen Warenausfuhr, das eine handelspolitische Verteidigungsmassnahme darstellt und die Möglichkeit schafft, gegenüber solchen Ländern, die deutsche Erzeugnisse Einfuhrbeschränkungen unterwerfen, zum Schutze der deutschen Warenausfuhr ebenfalls Einfuhrbeschränkungen anzuordnen.

Das vom Reichsjustizminister vorgelegte Patentanwalts-gesetz wurde ebenfalls verabschiedet. Dieses steht nach dem Vorbild der Rechtsanwaltsordnung die Gründung einer Patentanwaltskammer vor und überläßt das ehrengerichtliche Verfahren, wie bei den Rechtsanwälten, weitgehend der Handhabung durch die Patentanwälte selbst.

Schließlich wurde das vom Reichsarbeitsminister bereits früher beantragte Gesetz über die Ausschließung

von Wohnsiedlungsgebieten durch die Reichsregierung beschlossen, nachdem der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Gelegenheit gehabt hat, zu dem früheren Entwurf Stellung zu nehmen. Dieses Gesetz soll die Befestigung des Bodens ordnen und nur in solchen Wohnsiedlungsgebieten Anwendung finden, in denen ohne die Vorschriften des Gesetzes die ausführenden Stellen nicht mehr in der Lage wären, die Siedlungsbewegung in geordneten Bahnen zu halten.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues

Neuregelung der Reichsbürgerschaften.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen im laufenden Rechnungsjahr für die Förderung des Kleinwohnungsbaues Bürgerschaften bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu übernehmen. Bestimmungen hierfür werden demnächst bekanntgegeben werden. Anträge werden aber schon jetzt entgegengenommen und behandelt. Um die Ermächtigung noch möglichst weitgehend für die diesjährige Bautätigkeit ausnutzen zu können, wird auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht.

Gefördert werden Geschloßwohnungen und Einfamilienhäuser, die in Gruppen von mindestens fünf Häusern durch einen einheitlichen Träger errichtet werden. Die nutzbare Wohnfläche soll bei den Geschloßwohnungen 75 Quadratmeter, bei den Einfamilienhäusern in der Regel 90 bis 100 Quadratmeter nicht übersteigen. Die zu verbürgenden Hypotheken sollen einschließlic vorübergehender und gleichzeitiger Grundpfandrechte 70 Prozent der Gesamterstellungskosten nicht übersteigen, so daß die Bauherren also die erste Hypothek (40 Prozent der Gesamterstellungskosten) und die restlichen 30 Prozent der Gesamterstellungskosten auf andere Weise beschaffen müssen. Die Hypotheken müssen mit einem Prozent unter Zuwachs der ersparten Zinsen getilgt werden.

Anträge sind bei den obersten Landesbehörden (Wohnungsressorts), in Preußen bei dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, einzureichen. Gleichseitig wird empfohlen, ein Doppelstück der Deutschen Bau- und Vordankung in Berlin W. 8, Taubenstraße 48/49, zu übersenden.

Eine Genugtuung für Deutschland.

Layton entschuldigt sich für seinen deutschfeindlichen Geharttel. Der bekannte englische Wirtschaftler und Herausgeber der Wirtschaftszeitung „Economist“, Sir Walter Layton, hat dem Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk auf das Schreiben geantwortet, in dem dieser die Veröffentlichung des deutschfeindlichen Artikels „Der Hitlerterror“ im „Economist“ gerügt hatte, der sich kritisch auf die Angaben des berühmten Braunbuchs gestützt hatte.

Layton drückt in seinem nunmehr im „Economist“ veröffentlichten Brief sein tiefes Bedauern aus, daß der „Economist“ in dem betreffenden Artikel ein unfaires Urteil über die neuerlichen Ereignisse in Deutschland gefällt habe. Er erklärt sich, um den deutschen Vorwürfen entgegenzukommen, bereit, persönlich einem Teil des Leipziger Prozesses beizuwohnen und einen vollen und wahrheitsgetreuen Bericht über die in Leipzig erhobenen Anlagen in seiner Zeitung wiederzugeben.

Graf von Schwerin-Krosigk hat den Briefwechsel mit einem Schreiben an Layton abgeschlossen, in dem er sagt, daß man gerade infolge der allgemeinen Stellungnahme und der besonderen Kenntnis Laytons über die deutschen Angelegenheiten eine unparteiische Ansicht des englischen Wirtschaftlers über die innere Entwicklung des neuen Deutschland hätte erwarten sollen. Die bedauerliche Tatsache bleibe bestehen, daß der „Economist“ ein einseitiges Urteil veröffentlicht habe, das in Deutschland sehr unangenehm wirkt.

„Führer sein Volk vorwärts- und auswärtsdrückt? Ein Führer, der einen nicht minder „fanatischen“ Mut auch zur Verantwortung hat? Wo jügendes Wägen, sich selbst zerplatzendes Ärgernis stugt und stolpert, da trägt waogender „Fanatismus“, zu allem entschlossene „Vesessenheit“ durch eine Idee über die unüberwindbar erscheinenden Hindernisse hinweg, gewiß nicht zum Schaden der Sache, wenn das fanatisch-beharrliche Bollen die Verantwortung nicht verlegt. Auch darin liegen „Unwägbarkeiten“, aber diese „Impponderabilien“ haben oft genug den Lauf der Weltgeschichte entscheidend bestimmt.

Dr. Dr.

Unterredung Neurath-Henderson.

In Genf fand eine Besprechung zwischen Freiherrn von Neurath und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, statt, an die sich eine Unterredung zwischen dem Kabinettschef Mussolini, Baron Aloisi, und dem deutschen Außenminister anschloß. Die Unterredungen trugen zunächst einen rein informativen Charakter. Sie galten den in der nächsten Woche erwarteten weiteren Verhandlungen über die Abrüstungsfrage mit den Außenministern Englands und Frankreichs und Norman Davis. Wie verlautet, werden auf italienischer Seite bereits jetzt eingehende Erwägungen angestellt, in welcher Weise der Viermächtepakt im Falle eines ergebnislosen Ausganges der kommenden Abrüstungsbesprechungen der Großmächte in Funktion treten könnte.

Ratstagung in Genf eröffnet.

Rosling Direktor der Minderheitenabteilung. Die 67. Tagung des Völkerbundes wurde zunächst mit einer geheimen Sitzung eröffnet. In der Sitzung ist der Danziger Völkerbundkommissar Rosling zum Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundes ernannt worden.

In letzter Stunde war von französisch-polnischer Seite ein Intrige eingeleitet worden, um die Wahl Roslings zu verhindern. Von deutscher Seite konnte die Wahl Roslings aufswärts bearbeitet werden.

Staatssekretär von Rohr in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, von Rohr, ist unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.